A8NEU Geschichte aufarbeiten, aufmachen zu einer postkolonialen Gesellschaft

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

Antragstext

Exponate mit einer ungeklärten Herkunft werden in einem nachgebauten Preußen-Schloss ausgestellt. Hunderte menschliche Überreste, die während des Kolonialismus zu Forschungszwecken nach Deutschland verschleppt wurden, befinden sich heute noch in Berlin. Die deutsche Kolonialgeschichte ist noch nicht mal ansatzweise ausreichend aufgearbeitet. Dieses Defizit muss ausgeglichen werden! Die Dekolonialisierungsprozesse in Kultur, Bildung und im öffentlichen Raum müssen massiv voran getrieben werden.

Deshalb fordern wir einerseits, dass die Museen und Sammlungen, in denen sich geraubte Objekte befinden, Verantwortung übernehmen und die Provenienzforschung in ihren Häusern vorantreiben. Außerdem setzen wir uns für eine Provenienzforschung durch das Land Berlin ein, die von Kultureinrichtungen unabhängig ist. Der Dialog mit den Nachfahren der Schöpfer*innen und rechtmäßigen Eigentümer*innen muss aufgenommen werden, um ein Konzept für den Verbleib und Zugang zu Beutekunst und kolonialer Raubkunst zu erarbeiten. Wir brauchen einen regen Austausch aller Beteiligten. Die Ergebnisse der Provenienzforschung sollen fortlaufend mehrsprachig veröffentlicht werden. Für menschliche Überreste fordern wir ein Sofortprogramm zur Provenienzforschung. Es muss alles getan werden, damit diese menschlichen Überreste so schnell wie möglich auf respektvollem Weg an ihre Nachfahren übergeben werden können.

Die nur langsam vorankommende Aufarbeitung führt auch zu einer gering ausgeprägten Gedenkkultur. Berlin braucht ein zentrales Mahnmal und ein zentrales Gedenken, in Form von Veranstaltungen und Kundgebungen, vor allem zum Abschluss der Afrika-Konferenz und zum Internationalen Tag zur Erinnerung an die transatlantische Versklavung und deren Abschaffung. Bei der Aufarbeitung im öffentlichen Raum gehört aber auch dazu, dass die Voraussetzungen für die Umbenennung von Straßen, die kolonialistisches Gedankengut ehren, geschaffen werden. Hier ist es wichtig, dass diskriminierende Sprache als Umbenennungsgrund aufgenommen wird, aber auch, dass es feste Rahmenbedingungen für Umbenennungen gibt, die den Ablauf sowie die Beteiligung von Öffentlichkeit und Betroffenen regeln. Des Weiteren müssen berlinweit alle Straßen und Orte identifiziert werden, die einen kolonialen Kontext haben. Für diese Straßen und Orte brauchen wir eine Debatte und folgend derer einen Prozess zusammen mit Initiativen der Stadtgesellschaft, wie mit diesen langfristig vor allem aus einer antikolonialen Perspektive umgegangen wird.

Wir fordern, dass alle Straßen, die nach Kolonialverbrecher*innen (wie die Petersallee, der Nachtigallplatz oder die Wissmannstraße), nach Kolonialprofiteur*innen (wie die Lüderitzstraßen) oder nach für den Kolonialismus poltisch Verantwortlichen benannt sind, umbenannt werden. Das bedeutet für uns, dass wir die Umbenennung aller Otto von Bismarck gewidmeten Straßen und Plätze fordern. Bismarck initiierte die sogenannte "Kongo-Konferenz", bei der die europäischen Kolonialmächte den afrikanischen Kontinent unter sich aufgeteilt haben. Damit ist er zu großem Teil an der entstanden

kolonialen Weltordnung beteiligt gewesen. Unter diesem Umstand finden wir es nicht tragbar, dass er so umfangreich im öffentlichen Raum geehrt wird.

Deutschland war eine der brutalsten Kolonialmächte. Diese Vergangenheit darf nicht länger in deutschen Schulen geleugnet werden. Deshalb müssen der deutsche Kolonialismus und seine Folgen als Pflichtmodule in den Lehrplan. Neue Perspektiven und vor allem diejenigen Schwarzer Menschen und People of Color müssen in die Geschichtsbücher der Schüler*innen Berlins. Verankerung darf aber nicht nur auf der Schulebene stattfinden, Kolonialismus muss auch in Berlins Hochschulen fest institutionell verankert sein. Dabei sollen die Geschichte des deutschen Kolonialismus, seine Kontinuitäten sowie die Geschichte und Perspektiven Schwarzer Menschen in Deutschland thematisiert werden. Wir wollen das Bewusstsein für Rassismus stärken und unterstützen daher die Etablierung des Studiengangs Intersektionale Black Studies.